

Kocka, Jürgen

**Book Part — Digitized Version**

Podiumsdiskussion bei der Arbeitssitzung "Einrichtung und Stabilisierung einer totalitären Diktatur" [Redebeiträge in der 1., 2. und 3. Diskussionsrunde]

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Kocka, Jürgen (1983) : Podiumsdiskussion bei der Arbeitssitzung "Einrichtung und Stabilisierung einer totalitären Diktatur" [Redebeiträge in der 1., 2. und 3. Diskussionsrunde], In: Martin Broszat, Walther Hofer, Ulrich Dübber, Horst Möller, Heinrich Oberreuther, Jürgen Schmädeke, Wolfgang Treue (Ed.): Deutschlands Weg in die Diktatur: Referate und Diskussionen, ein Protokoll. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin, ISBN 3-88680-099-7, Siedler, Berlin, pp. 207-211/223-225/253-255

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112389>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka (Bielefeld): Ich möchte kurz etwas zum Verhältnis zwischen Machtergreifung und angestellten Mittelschichten sagen, in der Absicht, damit zwei generelle Fragen anzuschneiden: nämlich einerseits das Problem sozialgeschichtlicher Bedingungen charismatischer Herrschaft, andererseits das Problem der langfristigen sozialgeschichtlichen Einordnung der Machtergreifung.

I. Es ist bekannt und sehr viel darüber diskutiert worden, daß Angestellte im klaren Unterschied zu Arbeitern unter den Wählern und Mitgliedern der NSDAP in den letzten Jahren der Weimarer Republik überrepräsentiert waren. Das heißt nicht, daß alle Angestellten nationalsozialistisch orientiert waren, und das heißt

nicht, daß keine anderen Gruppen zur sozialen Basis der NSDAP gehörten. Das heißt nur, daß der Anteil der Angestellten unter den Mitgliedern und Wählern der NSDAP deutlich größer war als ihr Anteil in der erwerbstätigen Bevölkerung und dies im klaren Unterschied zur Arbeiterschaft.

Man wird die Bedeutung dieser Mittelstandsverwurzelung der nationalsozialistischen Bewegung — für den alten Mittelstand läßt sich ähnliches noch schärfer nachweisen — nicht übertreiben wollen. Viel anderes kommt hinzu, wenn man erklären will, warum der Nationalsozialismus zur Macht kam — sozialgeschichtlich gesehen vor allem die zunächst zögernde, am Ende entscheidende Unterstützung seitens großer Teile der Oberschichten, gewerblicher Großunternehmer, Großgrundbesitzer und alter Herrschaftseliten. Aber umgekehrt ist der Bewegungscharakter des Nationalsozialismus ohne diese weit überdurchschnittliche Unterstützung durch alte und neue Mittelschichten nicht zu verstehen.

Es gibt nun verschiedene Erklärungen für die Affinität zwischen angestellten Mittelschichten und aufstiegender Nationalsozialismus. Ich kann das nur andeuten. Es gab, um Theodor Geiger zu zitieren, so etwas wie eine »soziale Panik« bei vielen Angestellten: einerseits Bedrohung durch die Weltwirtschaftskrise, andererseits aber langfristig wirkende Infragestellung ihres für ihr Selbstverständnis wichtigen, von der Arbeiterschaft abgehobenen Status durch langfristige Nivellierungen der Arbeits- und Lebensverhältnisse. Nicht nur Not, sondern auch Verlust des Selbstwertgefühls, Demütigungen, Desorientierungen werden in diesem Zusammenhang genannt. Traditionell hohe, an ständischen Vorbildern und am Beamtenmodell orientierte Ansprüche gerieten zunehmend in Konflikt mit der Realität. In anderen Ländern war dies übrigens nicht ganz so.

Die besondere Attraktivität der nationalsozialistischen Propaganda gerade für jüngere Angestellte lag nun wohl wahrscheinlich in der janusköpfigen Mischung dieser Propaganda zwischen radikaler revolutionärer Systemkritik einerseits und traditionell ständisch getönter Kapitalismuskritik andererseits; das war ein Angebot, radikalen Protest zu äußern, ohne auf die Linie der traditionellen Protestpartei, nämlich der Linken, einschwenken zu müssen, die ja von der Arbeiterbewegung besetzt war, von der man sich ja absetzen wollte. Dies ist ein langes Thema, das ich hier nicht weiter vertiefen möchte. Ich möchte hier nur eines betonen: Genauere

Nachforschungen scheinen zu zeigen, daß die Redner und die Publikationen der NSDAP so gut wie keine angestelltenspezifischen Angebote machten. Die Nationalsozialisten versprachen keineswegs die Erhaltung einer herausgehobenen Angestelltenversicherung. Sie versprachen keineswegs die Erhaltung oder Wiederherstellung von Gehalts- oder Urlaubsprivilegien etc.

Teil der NS-Propaganda war vielmehr eine gewisse Abstraktion von interessenbezogener Rhetorik und Politik. Grundsätzlicher noch: Es hatte eine gewisse Zerbröckelung der Angestelltenverbände, der Angestelltenorganisationen eingesetzt, bevor diese Propaganda durchschlug. In gewisser Weise war die traditionelle Mittelstandspolitik zu Ende gewesen.

Voraussetzung — so könnte man von diesem Fall aus vorsichtig generalisieren — des nationalsozialistischen Erfolges war eine vorausgehende Lockerung traditioneller Interessenpolitik, war eine gewisse Auflösung herkömmlicher Interessenverbindungen, war die vorangehende Diffusion festgefügtter Interesseneinbindungen und -organisationen, auch ein gewisser Bruch mit der Tradition. Hier ist die Grenze eines nur interessenanalytischen Ansatzes erreicht, wenn man die Bedingungen des Aufstiegs des Nationalsozialismus erklären will.

Und vielleicht war dies auch eine wichtige strukturelle Voraussetzung für die Möglichkeit charismatischer Politik, einer Erklärung dafür, daß Führermythen so gut ankommen konnten, daß der Glaube an die Macht einzelner Personen soweit um sich greifen konnte, daß einzelnen Personen so große Macht zuwuchs. Dies wäre ein Versuch, auf einer anderen Ebene, als Herr Jäckel das vorhin versuchte, aber mit derselben Absicht wie bei ihm, eine gedankliche Brücke zwischen sozialgeschichtlichen Bedingungen einerseits und der unbezweifelbar großen Rolle einzelner Persönlichkeiten zu schlagen.

II. Lassen Sie mich kurz zu meinem zweiten Punkt kommen und auf die Zeit *nach* dem Januar 1933 blicken. Gestern wurde mehrfach von der nationalsozialistischen Revolution gesprochen. Auf mehreren Ebenen wird man der nationalsozialistischen Politik, der Machtergreifung und ihren Folgejahren, den revolutionären Charakter kaum absprechen wollen. Dies gilt für die rechtliche, verfassungsgeschichtliche Ebene, wenn man insbesondere den Sommer 1934 hinzunimmt. Die Ungeheuerlichkeit der Menschenopfer bis 1945 ist überdies so, daß man auch starke Worte wie Revolution

nicht zu meiden tendiert. Und an die Umgestaltung der Landkarte und den Bruch der Nation wird man in diesem Zusammenhang auch erinnern können. Die Gründe aber, warum Historiker trotzdem oft zögern, die nationalsozialistische Machtergreifung als Revolution zu bezeichnen, wurden zum Teil gestern genannt. Ich nehme nur einen davon auf. Wenn man tiefgreifende sozialökonomische und sozialstrukturelle Veränderungen als ein notwendiges Merkmal von Revolutionen begreift, wofür manches spricht, dann scheint in der Tat an der nationalsozialistischen Machtergreifung etwas zur vollen Revolution zu fehlen, besonders wenn man die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges zunächst einmal einklammert. Man erinnere sich an die starke bürokratische Kontinuität des Beamtentums über 1933—1945 hinweg, trotz aller antibürokratischen Momente im Nationalsozialismus. Und man denke an die grundsätzlich gegebene Kontinuität der marktwirtschaftlichen privatkapitalistischen Ordnung trotz zunehmender staatlicher Eingriffe, besonders nach 1936. (Wie das langfristig bei einem Sieg Hitlers ausgesehen hätte, ist eine zweite Frage.)

Was kann man nun über die sozialrevolutionierende Wirkung der nationalsozialistischen Politik mit Bezug auf die angestellten Mittelschichten sagen? Ich beschränke mich auf ganz wenige Punkte. An der nationalsozialistischen Behandlung der Angestellten ab 1933 zeigt sich, daß die egalisierenden Elemente im Nationalsozialismus mehr als bloße Rhetorik waren. Es gehörte durchgehend zur Politik der Deutschen Arbeitsfront — und nicht nur zu ihr —, die herkömmlichen Statusunterschiede zwischen den Arbeitern der Stirn und den Arbeitern der Faust — man sprach kaum noch von »Arbeitern und Angestellten« — einzuebenen, zum Teil gehend zur Politik der Deutschen Arbeitsfront — und nicht nur zu so die offizielle Politik nicht nur der DAF —, soweit sie nicht durch Leistungen für die Volksgemeinschaft gerechtfertigt werden konnten, sollten fallen. Die spätestens seit dem Ersten Weltkrieg beobachtbare Tendenz zur allmählichen Verringerung und Abschleifung des Arbeiter-Angestellten-Unterschieds auf den verschiedenen Ebenen wurde im Dritten Reich beschleunigt fortgesetzt. Michael Prinz hat das jetzt untersucht. Man kann das zeigen an der abnehmenden Differenz zwischen Löhnen und Gehältern, mindestens in der Rüstungsindustrie. Man kann es untersuchen an der Angleichung der Urlaubsregelungen und anderer sozialrechtlicher Bestimmungen, soweit Arbeiter und Angestellte betroffen waren.

Eine Angleichung der Tarifordnungen für Arbeiter und Angestellte im Einzelhandel wurde durchgesetzt, zum Teil gegen den Widerstand von Arbeitgebern. Es wurde kein Raum für ständische Selbstverwaltung, etwa im Prüfungswesen eingeräumt. Und sieht man sich das Gesetz zum Schutz der nationalen Arbeit von 1934 in diesem Punkt an, so sieht man, daß die Angestellten ein Stück ihrer Eigenständigkeit, nämlich eigene Angestelltenausschüsse, getrennt von Arbeiterausschüssen im Unterschied zum Betriebsrätegesetz von 1920, verloren hatten.

Am entscheidendsten aber war die Aufhebung der traditionellen organisatorischen Trennung zwischen Arbeiterverbänden und Angestelltenverbänden, die als eine deutsche Besonderheit in der Weimarer Republik und schon im Kaiserreich bestanden hatten. 1933/34 kam es zur Auflösung der Angestelltenverbände, zu ihrer Eingliederung in die DAF, und dann innerhalb der DAF 1935 zu ihrer Auflösung.

Es gab Grenzen dieser Nivellierung. Insbesondere gelang es der DAF nicht, die besondere Angestelltensozialversicherung aufzuheben, obwohl sie darauf drängte.

Fazit: Keine Abstützung der Revolutionsthese von diesem engen Bereich her, aber doch die Einsicht, daß diese Machtergreifung und ihre Folgen nicht ohne sozialstrukturelle Wirkungen blieben. Zu den Gewinnern dieses Wandels gehörten die Angestellten kaum, wenn man dies an ihren herkömmlichen Zielen beurteilt. Und die Wirkungen dieses Abschleifungsprozesses für den Neubeginn nach 1945, wo ebenfalls keine reinliche Trennung zwischen Arbeiterbewegung und Angestelltenbewegung mehr einsetzte, sollten nicht unterschätzt werden.

J. Kocka: Ich gehöre nicht zu denen, die die große Bedeutung und Macht von Hitler auf vielen Politikbereichen bezweifeln. Kaum ein Historiker tut das. Und ich würde Ihnen, Herr Siedler, nicht widersprechen, wenn Sie bezweifeln, daß Hitler austauschbar war. Aber ich würde doch sehr betonen wollen, daß intellektuell mindestens ebenso spannend die Frage nach den sozialen, politischen, kulturellen Bedingungen ist, unter denen die Machtentfaltung und die Entstehung der riesigen Bedeutung einer einzelnen Person möglich wurden.

Und politisch mag dies sogar die aufklärerischere Frage sein. Wir haben wenig Einfluß hinsichtlich der Herausbildung herausragender — in der einen oder anderen Weise herausragender — Individuen. Wir haben vielleicht mehr Möglichkeiten hinsichtlich der Beeinflussung von Bedingungen, unter welchen deren unkontrollierbare charismatische Herrschaft möglich wird. Das war der erste Punkt.

Der zweite Punkt zum Zweifel von Herrn Hofer an dem Nutzen von Faschismustheorien. Keine Angst, ich will nicht diese lange Diskussion, die ja auch zuletzt zu Wiederholungen führen muß, diese Diskussion über Faschismustheorie und Totalitarismustheorie aufnehmen. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß auch Herr Siedler, als er eben seine Frage stellte, nicht darum herum kam, an einer Stelle diesen Sammelbegriff zu gebrauchen, nämlich dort, wo er den deutschen Nationalsozialismus mit dem italienischen *fascismo* und mit gewissen südosteuropäischen Systemen in einem Atemzug nennen wollte. Es gibt Fragestellungen vergleichender Art, die nicht ohne einen scharfen generalisierenden Begriff auskommen, und da ist in bestimmten Situationen ein wohldefinierter Faschismusbegriff meines Erachtens unverzichtbar.

Die Tatsache, daß es gravierende, wichtige, lebensentscheidende Unterschiede zwischen dem italienischen Faschismus und dem deutschen Nationalsozialismus gegeben hat, etwa Antisemitismus

hier und dort nicht, ist kein Argument gegen den Gebrauch eines generalisierenden Begriffes. Denn Phänomene, die unter einen generalisierenden Begriff gebracht und subsumiert werden, gleichen sich nur in bestimmten Hinsichten und können sich, und tun das in der Regel, in anderen unterscheiden.

(W. Hofer, Diskussionsleiter: Die Frage ist, was das Wesentliche ist, in dem sie sich gleichen.)

Was das Wesentliche ist, entscheidet sich nach den Fragestellungen und nicht primär, nicht allein von der Sache her.

Drittens, ganz kurz zur ersten Frage von Herrn Siedler, der, als er nach dem möglichen und wahrscheinlichen Wissensstand der Akteure in den dreißiger Jahren fragte, dies mit einer Bemerkung über die so häufig moralisierende Geschichtsschreibung der letzten Jahre verband, die wohl nicht hinreichend den damals überhaupt zumutbaren oder erwartbaren Wissensstand in Rechnung gestellt habe. Ich möchte gern zwei Bemerkungen dazu machen: Erstens denke ich, daß es ohnehin nicht primär unsere Aufgabe als Historiker ist, Schuld zuzuweisen, sondern Phänomene zu erklären und Ursachen zuzurechnen. Man wird sicherlich bei der Zurechnung von Schuld gegenüber damaligen Akteuren sehr vorsichtig sein müssen und dies nicht unter Absehung von damaligen Wissensmöglichkeiten und Standards tun wollen. Aber andererseits gibt es viele Phänomene in dem Bereich, den wir hier diskutieren, wo man fast nicht umhin kann, Schuld zuzuweisen, auch wenn man unterstellt, daß nicht voraussehbar war, was dann gekommen ist. Es gibt wahrscheinlich einfache menschliche Erfahrungen, zum Beispiel jene, als jüdische Hochschullehrer die Hochschulen zu verlassen hatten, oder als Boykott von jüdischen Geschäften in den dreißiger Jahren getrieben wurde oder jene der sogenannten Reichskristallnacht, wo man nicht wissen mußte, was daraus längerfristig passieren würde, um dagegen zu protestieren; wo auch nach damaligen moralischen Standards und bei Unterstellung begrenzter Prognosefähigkeit erstaunliche Insensibilität, um es so zu formulieren, zu konstatieren ist. Und die bleibt weiter erklärungsbedürftig: Gab es eine Segmentierung der Moral? Und welche Traditionen haben das erleichtert?

(Beifall)

Wogegen ich mich wende, ist, daß unsere moralischen Bewertun-

---

gen damaligen Mitmachens nur dann möglich werden, wenn man unterstellt, daß damals die Akteure voll voraussahen, was passierte.

J. *Kocka*: Ich wollte erstens sagen, daß ich die aufeinanderfolgenden Bemerkungen von Herrn Morsey und Herrn Carsten sehr interessant fand. Während Herr Morsey eindrucksvoll mitteilte, welche Befürchtung hinsichtlich Gewalt vorhanden war, und zwar beim Ermächtigungsgesetz, machte Herr Carsten darauf aufmerksam, welche anderen Widerstandsmöglichkeiten in der Arbeiterbewegung vielleicht vorhanden gewesen wären, wenn solche Gewaltsignale aufgetaucht wären. Carstens Beitrag war insofern ein Kommentar zu Morseys Ausführungen.

Zweitens wollte ich im Anschluß an die Diskussion von eben sagen, daß mir auffiel, wie viele der Wortmeldungen — Herr Sombart über die monarchischen Erwartungen, Frau Reese-Nübel über den Antifeminismus, Herr Scholtz, was die Frage nach den Bedürfnisstrukturen anging, und andere mehr — darauf aus waren, bei unserem Thema mehr zu erfahren über Erfahrungen und Erwartungen, über rekonstruierbare Bedürfnisse und Enttäuschungen der großen breiten Bevölkerung. Und es könnte gut sein, daß in der Tat in der klassischen Nationalsozialismusliteratur, die sicherlich auch in der Art, wie hier die Diskussionspodien zusammengesetzt sind, ihren Niederschlag findet, diese Dimension, diese erfahrungs-

und lebensweltgeschichtliche Dimension, meist wenig und nur als Hintergrund eingebracht worden ist. Hierzu wäre nun zu bemerken, daß es ja überhaupt innerhalb der Sozialgeschichte in der letzten Zeit eine Tendenz hin zur sogenannten Alltagsgeschichte gibt, die sich dieser Dimensionen stärker annimmt. Zu nennen wäre auch das 1982 erschienene Buch von Detlev Peukert über *Volksgemeinschaft und Gemeinschaftsfremde*, ein gelungener Versuch, diese Dimension in eine Gesamtdarstellung der Zeit einzuarbeiten, ohne sich darauf zu beschränken.

Ich möchte nur zweierlei dazu sagen: Erstens, es ist quellenmäßig außerordentlich schwierig, diese historische Dimension wirklich verbindlich und verantwortlich aufzuschlüsseln — und ein Teil der letzten Diskussion scheint mir das auch zu zeigen. Wir können immer einzelne Beispiele finden, aber es ist außerordentlich schwierig, repräsentative Mitteilungen über Enttäuschungen, Erwartungen, Bedürfnisse und Erfahrungen der vielen zu machen. Die jetzt stärker berücksichtigten Lageberichte der Geheimen Staatspolizei und ähnliche Quellen könnten da aber weiterführen.

Zum anderen möchte ich dazu sagen, daß es nicht ohne klare methodische Reflexion und scharfe Begriffe abgeht. Mir scheint der letzte Teil der Diskussion ein Beispiel dafür zu sein, wie schief es ohne das laufen kann. Wenn man sagt, daß der Antifeminismus im Nationalsozialismus so wichtig war wie der Antisemitismus, und wenn das in Frage gestellt wird, dann sollte man darüber reflektieren, was Kriterien von Wichtigkeit in diesem Zusammenhang sind. Ein Kriterium — darüber müßte Übereinstimmung zu erhalten sein — ist das Maß an Leid und Tod, das eine Diskriminierungstradition hervorgebracht hat. Dazu ist eben das Nötige gesagt worden.

Ein zweites Kriterium von historischer Wichtigkeit findet man vielleicht, wenn man fragt: Was waren die entscheidenden Bewegungskräfte? Was erklärt historische Wandlungen? Und auch da tendiere ich dazu, den Antisemitismus stärker zu gewichten als den Antifeminismus.

Ich will nur sagen, bei dieser Hinwendung zur sogenannten Alltagsgeschichte und Erfahrungsgeschichte ist es außerordentlich notwendig, das zu tun, was hier manchmal — wie ich finde — unrichtigerweise kritisiert worden ist, nämlich die Anstrengung des Begriffs nicht zu scheuen, und das heißt, ab und zu einmal auch einen scharfen und nicht alltagssprachlichen Begriff zu gebrauchen.

Und der Kollege, der über den Reichstagsbrand sprach und auch mit einem Schlenker gegen die Theorie anfang und meinte, er wollte nur zwei Beispiele darstellen, der hat dann ganz kräftig seine Beispiele mit hochabstrakten theoriegeladenen Begriffen eingeordnet. Sonst könnte er ja auch gar keine Beispiele bringen, denn Beispiel ist immer nur Beispiel für etwas.

Mein letzter Punkt: Diese Kritik am Gebrauch bestimmter Begriffe, insbesondere die Warnung davor, Begriffe der Zeit, über die wir sprechen, zu unbesehen in unsere eigene Sprache aufzunehmen, ist sicher begründet. Ich denke aber, daß man auch Kampfbegriffe vergangener oder heutiger Zeiten als Historiker benutzen darf, sofern man scharf definiert. Und das gilt insbesondere für den Faschismusbegriff. Ich möchte diese Diskussion nicht fortsetzen, aber vielleicht, Herr Isensee, können wir uns darauf einigen, daß wir beide gegen Begriffsentziehung und Begriffsverbote sind. Und das gilt dann auch für den Faschismusbegriff, solange dieser Begriff scharf definiert wird. Wir haben ja den Faschismusbegriff nicht primär zur vergleichenden Analyse von Staaten verwandt. Es gibt andere Dimensionen am Nationalsozialismus, soziale Bedingungen, soziale Folgen, die interessant sind, für die der Faschismusbegriff meines Erachtens brauchbarer ist als für eine Staatsanalyse. In jedem Fall geht es um scharfe Definition, und wenn man die leistet, löst man damit Begriffe ein Stück weit aus ihrem Entstehungszusammenhang heraus und formuliert sie zu wissenschaftlichen Instrumenten um.